

ERKLÄRUNG DER PYRMONTER INITIATIVE KB GEGEN AKW'S ZUM VERHALTEN DER BÜRGERINI TIATIVE WESERBERGLAND IM WSL, BAD PYRMONT

Auf der letzten Regionalkonferenz bezüglich des AKW Grohnde am 24.2.77 waren 2 Pyrmonter Initiativen gegen AKW's anwesend, die Initiative und die WSL-Gruppe. Von den Vertretern Hannovers wurde dies kritisiert, da sie nur einen Vertreter für 25 arbeitende BI's stellten. Für andere größere Städte gilt das gleiche.

Für den WSL bedeutete dies gleich zu betonen, sie seien die Gruppe, die die breite Menge der Bevölkerung vertreten, deshalb gehört ihnen das Stimmrecht (Frau Koltzenburg in Tündern). Ähnliches wurde auf unserer Veranstaltung zum Thema "Brokdorf-Itzehoe" nicht nur gegen uns sondern auch gegen die Hamelner BI vorgetragen. Dort wurde uns vorgeworfen, wir sei eine Splittergruppe, die im Grunde genommen gar nicht zu den AKW-Gegnern gehöre. Begründung: wir würden mit Zahlen zu Brokdorf manipulieren, sie wüßten, daß die Mehrheit der BI's nach Itzehoe wolle, wir würden die Öffentlichkeit scheuen(?), wir würden zur Gewalt auffordern(?), indem wir für Brokdorf aufrufen würden. Und ähnliches wäre in Hameln passiert, wo es wahrscheinlich jetzt auch 2 Initiative gäbe, wie der Kassenwart des WSL berichtet hätte (Die einzige bestehende Initiative hatte sich einstimmig für Brokdorf entschieden). Einzelne Mitglieder unserer Initiative wurden beschimpft, Kinder zu Gewalttaten zu verleiten u.ä. Von anwesenden Jugendlichen zwischen 14 und 15 Jahren wurde abgesprochen, aus eigener Überzeugung nach Brokdorf fahren zu wollen; in diesem Alter scheint der WSL noch nicht von Bürgern zu sprechen.

Da wir dies allerdings für eine irregeleitete Einzelaktion halten, wollen wir der Konferenz noch einige weitere Fakten über die BI-B.P. im WSL mitteilen, damit sich die Deligierten der Konferenz ein wirkliches Bild von dieser BI machen können.

Vir meinen:

Die WSL-Initiative Bad Pyrmont ist keine offene, Überparteiliche BI. Ihr Vorgehen ist undemokratisch.

A) Die Deligierten für die Regional-Konferenz in Kirchhosen wurden auf einer Internen WSL-Sitzung am 17.1. gewählt.

B) Die erste öffentliche Sitzung fand am 3.2. als "Kontaktabend" statt. Zitat über die erste "öffentliche" Sitzung dieser Initiative vom 3.2.77 „Bisher kamen zwar zahlreiche gegen den KKW-Bau gerichtete Aktivitäten durch den Umweltschützer W. Schirr aus B.P. (zustande), doch existierte noch kein speziellen Zusammenschluß von Bürgern der Stadt.“

„Bei einem ersten Kontaktabend wollten sich A.K., W. Schirr, N.Sk, ju. einen Überblick über die Pyrmonter AKW-Gegner verschaffen und deren Meinung hören, um in der Koordinationsgruppe der Weserbegründischen BI's für Bad Pyrmont sprechen zu können und die Rückendeckung dieses Raumes zu haben.“ W. Schirr meinte zusätzlich auf der internen WSL-Sitzung, sinngemäß, arbeiten könnten immer nur wenige. Durch viel diskutieren würde man BI's arbeitsunfähig machen, z.B. würde das an der Hamelner Gruppe deutlich werden. Der arbeitende Kreis sei der WSL. C) Diskussionen um wesentliche Fragen der AKW-Bewegung finden nicht in der Öffentlichkeit statt. Am 15.2. bei der 2. Sitzung dieser "BI" fand ein Hearing mit Politikern statt, zu Brokdorf oder Itzehoe fiel kein Wort.

Vertreter der BI vertraten am 16.2. man habe sich für Itzehoe entschieden. Gleichzeitig versuchte man an diesem Abend die Teilnehmer unserer Veranstaltung für eine Demo in Grohnde am 19.2. zu gewinnen(?).

Wenn keine Diskussionen stattfinden, können keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden. Also vertreten die Hier anwesenden Deligierten höchstwahrscheinlich die Meinung des WSL. Wo bleibt denn da die Überparteilichkeit??

D) Mehrheitsbeschlüsse werden gebrochen, so wie dem WSL paßt

a) Indem man für Grohnde in der Öffentlichkeit mobilisierte, brach die WSL-Initiative einen „Mehrheitsbeschuß“ des Koordinationstreffens am 19.2. in Grohnde nichts zu unternehmen. (Die Initiativen Kirchhosen, Grohnde, Tündern haben sich daran gehalten)

b) Herr Schirr teilte auf der 3. und bisher letzten öffentlichen Sitzung der WSL-Initiative am 1.3. mit, er und Herr Sk. hätten die Demo am 19.3. angemeldet; obwohl man in der letzten Regionalkonferenz mehrheitlich davon ausging, daß von der Seite der BI's der Regionalkonferenz keine Anmeldung mehr erfolgen sollte.

Das Ziel dieser Anmeldung wurde sinngemäß folgendermaßen formuliert:

Schirr wolle versuchen auf eine geordnete Demo hinzuwirken, wenn mehr als 20 000 an der Demo teilnehmen, könne er nicht mehr die Verantwortung übernehmen. Leute, die evtl. den Platz besetzen wollten, sollte man isolieren, indem man weitergeht oder die Demo abbricht. Angesprochen daraufhin daß Herr Schirr den Aufruf von Bodenwerder auf der Regionalkonferenz zuletzt unterstützt hätte, "rechtfertige" er dies mit taktischen Gründen. Die Stimmung wäre dafür gewesen. Er betonte noch einmal das Prinzip der Gewaltfreiheit, daß in dem Antrag eigentlich enthalten wäre.

Erinnert sei hier nun daran, daß Herr Schirr früher betont hatte, daß "Ausschreitungen" bei der Demo vermieden werden sollten, gegebenenfalls solle man die Demonstranten, die z.B. den Bauzaun anrühren, der Polizei überlassen.

E) Der WSL-Bad Pyrmont setzt das Prinzip der Gewaltfreiheit als Spaltungsmittel ein. Er wendet dies in der Praxis so an, daß Menschen, die für das Recht auf Platzbesetzung von AKW's eintreten, diffamiert werden (siehe Einleitung) und daß man eben bereit ist, solche Menschen der "Polizei", sprich der eingesetzten Gewalt der Bundesregierung um ihr Atomprogramm durchzusetzen, zu überlassen.

F) Die wesentliche Arbeit des WSL, vorallem von Herrn Schirr, bestand bisher in Klägerinitiativen, Gesprächen von Politikern, Verfassung von Petitionen. Herr Schirr nahm zum Beispiel an Gesprächen mit Ministerpräsident Albrecht in Februar um die Wiederaufbereitungsanlage teil.

Welche BI hat ihn hierzu legitimiert? Was wurde hier besprochen?

Wir meinen: Eine Bürgerinitiative, die derart unsolidarisch mit Menschen, die eine andere Meinung haben, verfahren, eine BI, deren Beschlüsse in einem internen Kreis gefaßt werden, deren Vertreter ohne Kontrolle an Ministergesprächen teilnehmen, spricht sich selbst das Recht ab, eine Bürgerinitiative genannt zu werden.

Initiative gegen AKW's, Bad Pyrmont, 3.3.77